

Er. Majestät des Königs in der Versammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller durch die Sozialdemokraten. Vielleicht werde die linke Seite auch noch dem Herrn Minister vorwerfen, daß er dem Zentralverbande scharfmacherische Tendenzen unterworfen habe. Das sei jedoch selbstverständlich nicht der Fall. Abg. Frähdorf ruft dem Redner zu: Schreiben Sie sich doch lieber genau auf, was Sie hier gesagt haben.)

Abg. Schmidt fortsetzend: Herr Abgeordneter Frähdorf, ich werde Sie bei der nächsten Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß Sie am allerwenigsten Grund haben, der Regierung Vorschriften zu machen. Der Redner wies dann nochmals auf die zusehende Tätigkeit der Sozialdemokratie hin, wobei er vielfach durch Zwischenrufe von der linken Seite des Hauses unterbrochen wurde, so daß schließlich der Präsident eingreifen mußte. Dann wandte sich Abg. Schmidt gegen den Abg. Probauf, der vielfach im Sinne der Sozialdemokratie gesprochen und der besonders der rechten Seite vielfache Vorwürfe gemacht habe. So habe er u. a. behauptet, daß der Bund der Landwirte die Bank des Abg. Dr. Weber boykottiert habe. Zugegeben müsse werden, daß Herr Dr. Weber sich in der letzten Zeit sich etwas nach links entwickelt hatte und daß er die dem Bund der Landwirte gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe. Jedenfalls habe infolge dessen der Aufsichtsrat der Bank befürchtet, daß diese Schäden leiden könne und Herrn Dr. Weber abgeraten, sich als Kandidaten ausstellen zu lassen. Das sei die ganze Geschichte. Außerdem habe Herr Dr. Weber in einer Versammlung ausdrücklich festgestellt, daß er von einem Boykott überhaupt nichts gemerkt habe. Der Abg. Probauf habe sich auch noch gegen das Verbot des Streikpostenstehens ausgesprochen. Er habe hierbei wohl selbst die Empfindung gehabt, daß sein Auftreten als eine Verbeugung von der Sozialdemokratie aufgefaßt werden könne. Jedenfalls sei der Eindruck so gewesen, als ob er das Bestreben gehabt habe, der Sozialdemokratie etwas Liebenswürdigeres und der Rechten etwas Unangenehmeres zu sagen.

Abg. Dr. Kaiser (Karl.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen die Äußerungen der Redner, besonders von sozialdemokratischer Seite und kennzeichnet dann nochmals die Forderungen seiner Fraktion in der ganzen Angelegenheit.

Abg. Müller (Soz.) kritisiert vom Standpunkte seiner Fraktion aus die Redner der bürgerlichen Parteien und erlaubt sich u. a. auch eine recht unpassende Bemerkung gegen den Herrn Justizminister. Das Interesse innerhalb des Hauses war so schwach geworden, daß kaum noch 20 Abgeordnete anwesend waren.

Vizepräsident Opiß (Kons.) führte polemisch vornehmlich gegen die Linke aus, daß seine Partei gleichfalls das Koalitionsrecht aufrecht erhalten wolle, daß dieses aber keine Grenzen finden müsse am öffentlichen Wohl. Im übrigen betone er, daß seine Partei keineswegs gegen die Fortführung der Sozialpolitik sei, aber sie wünsche, daß unbedingt eine Ruhepause eintrete, damit sich Industrie und Landwirtschaft erst an die Besteuerung der ihnen neuerdings auferlegten Lasten gewöhne.

Staatsminister Graf Bismarck erklärt kurz, daß der Regierung weder von einem besonderen Abschnitt eines Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen, noch von irgend einer geplanten Einschränkung des Koalitionsrechtes etwas bekannt sei.

Nachdem der Abg. Frähdorf nochmals im Sinne seiner Partei gesprochen hatte, wurden die beiden Anträge an die Gesetzgebungsdeputation verwiesen.

Deutsches Reich

Dresden, den 4. Februar 1914

Dem Reichstage ist eine Resolution Bassermann und Genossen zugegangen, bis zur dritten Lesung des Reichshaushaltsetats die für die Förderung der Binnenfischerei und der Seefischerei im Etat 1914 eingestellten Beträge in Anbetracht der durch Unwetter an der Ostseeküste des Reiches entstandenen Schäden entsprechend zu erhöhen.

Ueber die Verhandlungen über eine einheitliche Regelung des Waffengebrauches beim Militär erzählt die „Tägl. Rundschau“, daß so wie Bayern auch die übrigen süddeutschen Regierungen ihre Zustimmung zu einer einheitlichen Regelung dieser Frage für das ganze Reich ausgesprochen haben. Es ist daher zu erwarten, daß, nachdem die Verhandlungen im Schoße der preussischen Regierung zu einer Einigung geführt haben, ein Meinungsaustrausch mit den beteiligten Bundesregierungen beginnen wird. Es wird in unterrichteten Kreisen angenommen, daß die Lösung der Frage für das ganze Reich keine großen Schwierigkeiten verursachen wird, da Uebereinstimmung darüber herrscht, daß das Militär grundsätzlich nur auf Requisition der Zivilbehörden verwendet werden soll. In Bezug auf die Ausnahmefälle, wie Einschreiten des Militärs falls die Zivilgewalt außerstande ist, militärische Hilfe heranzurufen, persönlichen Notstand und ähnliches, sollen klare Vorschriften geschaffen werden, die die Befugnisse der Zivil- und Militärgewalt scharf abgrenzen.

Der deutsche Kronprinz beim Reichskanzler. Wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, veranstaltet der Reichskanzler am 14. Februar ein Essen, an dem auch der Kronprinz und seine Gemahlin teilnehmen werden. Der Teilnahme des Kronprinzen kommt zweifellos politische Bedeutung zu, da der Kronprinz auf diese Weise vor aller Welt beweisen will, daß er zu dem Reichskanzler in keinem politischen Gegensatz stehe und vorhandene Mißverständnisse endgültig beseitigt sind. Am denselben Tage findet in Berlin der Familientag derer v. Bülow statt. Der Kanzler hat daher auch dem Generaloberst v. Bülow und dem Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein eine Einladung zukommen lassen. Es wird als nicht ganz ausgeschlossen bezeichnet, daß der frühere Reichskanzler Fürst Bülow dem diesjährigen Familientag derer v. Bülow in Berlin beiwohnt. Sollte dieser Fall eintreten, dann wird der Reichskanzler wohl auch den Fürsten Bülow bei sich zu Gast haben.

Das bayerische Ministerium beschloß die Aufhebung der selbständigen Tierärztlichen Hochschule in München und deren Angliederung an die Universität als neue Fakultät.

Keine Verletzung des Generals v. Deimling. Der „Tägl. Rundschau“ zufolge entsprechen die Gerüchte von einer bevorstehenden Verletzung des Generals v. Deimling von Straßburg nach Karlsruhe nicht den Tatsachen. Zu einer Verletzung des Generals v. Deimling liegt, wie das genannte Blatt erfahren will, nicht der geringste Grund vor. Eine Verletzung des Generals v. Deimling nach Karlsruhe läme überhaupt nur dann in Frage, wenn General Huene v. Pönnigen, der jetzt das Karlsruhe Corps kommandiert, in den Ruhestand trat oder für einen anderen Posten ausersuchen wäre. Welches ist oder nicht der Fall. Es darf daher als bestimmt angenommen werden, daß in der Leitung des Straßburger Corps ein Wechsel in absehbarer Zeit nicht eintreten wird.

Oberst v. Reuter beim Kaiser, der neue Kommandeur des Grenadier-Regiments Prinz Karl v. Preußen in Frankfurt a. O. Nr. 6, wird sich dem Vernehmen nach, nach Antritt seines Postens beim Kaiser melden.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt folgende sensationelle Mitteilung: „Das Blut des heiligen Lucifer gestohlen. Kirchenraub in Cagliari. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Rom, 3. Februar. In Cagliari ist ein Diebstahl erfolgt, wie er sonst nur im Mittelalter üblich war. In die Kirche des heiligen Lucifer drangen fromme Diebe ein und ertranken den Glasfakophog, in dem der Heilige liegt, dann entführten sie das darin befindliche Fläschchen mit dem Blute des heiligen Lucifer. Die Diebe waren so fromm, daß sie weder das silberne Schwert, noch den silbernen Helm, noch die Juwelen vom Mantel Lucifers anrührten.“ Vermutlich handelt es sich bei dieser Nachricht, wenn überhaupt etwas Wahres daran ist, um das Blut des heiligen Januarius. Von einem heiligen Lucifer ist uns bis jetzt noch nichts bekannt geworden, es blieb ausgerechnet dem „Berl. Tagebl.“ vorbehalten, den neuen Heiligen Lucifer zu kreieren. Vielleicht überträgt das „Berl. Tagebl.“ diesem sonderbaren Heiligen das Patronat über seine Redaktion.

Bei der Reichstagswahl für den bisherigen Vertreter Stadtrat Koelsch erhielten der badische Landtagsabgeordnete Birch (Zentrum) 12 259 Stimmen, Koelsch (Ab. Bloch) 9616 Stimmen und Redakteur Sellar (Wahlhausen l. G., Soz.) 3032 Stimmen. Es hat zwischen Birch und Koelsch Stichwahl stattgefunden.

Das Westfälische Volksblatt verbreitet folgendes Extrablatt: Der Kardinal v. Kopp hat gestern zur Verichtigung seines Briefes an den Grafen Oppersdorf folgende öffentliche Erklärung abgegeben: „Bei einer Vergleichung der Akten des Herrn Bischof von Paderborn mit den meinigen hat sich ergeben, daß ich der mir nur zur Kenntnisnahme am 20. November 1912 eingesandten Interpretation am 21. November 1912 freiwillig beigegeben habe und daß ich aus freier Entschlebung sie am 22. November dem Bischof von Paderborn gegenüber als eine solche bezeichne, von der die Gewerkschaftsführer in Essen erklären könnten, sie wählten sich in Bezug auf sie in Uebereinstimmung mit den Bischöfen. Bei dieser Sachlage erkenne ich nachträglich, daß mein Brief an den Herrn Bischof von Paderborn vom 1. Dezember 1913 nicht jene Bedeutung haben konnte, die ihm in meinem Brief an Herrn Grafen v. Oppersdorf beigelegt worden ist. Es hätte einer Zurücknahme meiner Entschlebung vom 22. November vor dem Episkopat als solchem bedurft. Ich kann versichern, daß ich mit meinem Brief an den Grafen v. Oppersdorf den Herrn Bischof von Paderborn in keiner Weise habe verlegt, noch ihm irgend welche Ungelegenheiten habe bringen wollen.“

Aus dem Auslande

Oesterreich - Ungarn

Verbot des geschäftigen Rodes in der Hofburg. Den Damen, die zu den diesjährigen Wiener Hoffestlichkeiten zugelassen sind, ist vom Oberhofmeisteramt die Mitteilung gemacht worden, daß es unbedingt verboten sei, zu den höfischen Veranstaltungen in einer Toilette zu erscheinen, die den sogenannten geschäftigen Rod aufweise und zeitweilig das Aste erscheinen lasse. Die Beamtinnen der Hofmeistererei seien angewiesen, derartig gekleidete Damen aus der Hofburg zu weisen.

Russenfreundliche Kundgebungen. Aus Anlaß des Parteitages der russenfreundlichen Ruthenen in Lemberg versuchte die ukrainische und polnische Jugend Kundgebungen zu veranstalten. Es kam verschiedentlich zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Frankreich

Erkrankungen im Heere. In dem Militärlager von Corcieux (Vogesendepartement) sind überaus zahlreiche Fälle von Mumps, Masern und Scharlach aufgetreten. Das Militärkrankenhaus von St. Dié ist überfüllt.

Afrika

Die kostspielige Befestigung Marokkos. Einer offiziellen Meldung zufolge betragen die durch die Befestigung Marokkos im Jahre 1912 verursachten Ausgaben rund 273 977 000 Franken, von denen auf das Kriegsministerium 246 430 000 Fr., auf das Marineministerium 22 129 000 Franken und auf das Ministerium des Innern 5 418 000 Franken entfallen.

Aus Stadt und Land

Dresden, den 4. Februar 1914

Se. Majestät der König besuchte gestern abend den Regimentsabend beim Offizierkorps des Infanterieregiments Nr. 177 im Offizierskasino. — Am Nachmittag besuchte der König mit seinen drei Töchtern die Eisbahn auf dem Carolosee.

Der Selbstmord der in Braunschweig geborenen Direktrice Margarethe Beck, welche auf dem Weihen Kirch die Filiale einer Dresdner Konfektionsfirma leitete, wurde bekanntlich vor einigen Tagen gemeldet. Jetzt hat

sich herausgestellt, daß die Beck Unregelmäßigkeiten in ihrer Stellung verübt hat und wahrscheinlich deswegen gesündigt ist. Man nimmt an, daß sie die Anzeige von dem Selbstmord selbst bei der Polizei gemacht hat, um ihre Spur zu verwischen. Es wurde auch vermutet, daß eine bei Gaueritz angeschwommene und ertrunkene Frauensperson mit der verschwundenen Beck identisch ist. Jetzt hat sich jedoch herausgestellt, daß es sich hier um eine Wirtschafterin aus Loschwitz handelte.

Die zahlreichen Kinos, die in den letzten Jahren ihre Pforten in Dresden aufgetan haben, sind naturgemäß nicht alle auf Rosen gebettet. Dies geht u. a. aus dem hervor, daß gestern über das Vermögen der Firma Dresdner Lichtspiele G. m. b. H., welche auf der Prager Str. 45 und Moritzstraße 3 Kinematographentheater unterhält, das Konkursverfahren eröffnet worden ist.

Eine Sitzung des Ges. Hocrates Professors Dr. Cornelius Gurlik durch die zahlreichen, in Dresden lebenden bulgarischen Studenten, fand am gestrigen Sonntage hier statt. Der etwa 60 Mitglieder zählende Verein der bulgarischen Studenten zu Dresden überreichte durch eine aus den Studierenden Dimitroff, Gropper, Leichhoff und Warbenoff bestehende Deputation, dem berühmten Gelehrten eine künstlerisch ausgestattete Adresse, in der ihm der Dank für die Teilnahme am Schicksale der bulgarischen Nation ausgesprochen wurde. Gurlik habe im offenen Urteil sich über diese Nation geäußert und dieses Urteil habe die Bulgaren in der Zeit schwerer Kämpfe mit neuem Mut befestigt.

Der Königlich Sächsische Altertumsverein hielt gestern abend in seinem Sitzungssaale im Kurländer Palais seine Februaragung unter dem Vorsitz Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Johann Georg ab. Der Sitzung wohnten auch Ihre Königlichen Hoheiten die Frau Prinzessin Johann Georg und die Prinzessin Mathilde, sowie Ihre Exzellenzen der Herr Kriegsminister Generaloberst Freiherr v. Hausen und der Wirkliche Geheimrat Rat Dr. Maentig, sowie andere namhafte Persönlichkeiten bei. Nach der Eröffnung der Sitzung durch Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Ermisch wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen und eine Anzahl Neuanmeldungen, unter ihnen auch Se. Durchlaucht Prinz Ulrich von Schönburg, angemeldet von Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Johann Georg, entgegengenommen. Dann referierte Herr Oberregierungsrat Dr. Lippert über die Hauptversammlung der Deutschen Geschichts- und Altertumsvereine in Breslau, der er im Auftrage des Königlich Sächsischen Altertumsvereins beigewohnt hatte. Er wies hierbei besonders auf einen Vortrag hin, der auch in Dresden interessiert und der die Bemerkung der Archive durch die Studierenden behandelte. Zu Rechnungsprüfern wurden auch diesmal wieder auf Vorschlag des Prinzen Johann Georg die Herren Justizrat Lehmann und Hoflieferant Beck berufen. Den Hauptvortrag des Abends hielt der Königlich Sächsische Bezirksarchivinspektor Herr Schulrat Dr. Richter-Chemnitz-Altendorf über das Thema: Ein gelehrter Wettiner, Herzog Moritz Wilhelm von Sachsen-Zeitz.

Der Hauptgewinn der Silberlotterie im Werte von 3000 Mark vom Festen des Vereins für Mutter- und Säuglingsfürsorge, bestehend aus einem Silberkasten mit reichlichem Inhalt für zwölf Personen, sowie ein Tafel- und Kaffeegeräth, Königlich Meißner Porzellan und hochfeines Kristall, ebenfalls für zwölf Personen, ist in einem der Schaufenster der Firma König. Hoflieferant Karl Anhäuser, König-Johann-Straße, ausgestellt und dürften die Lose reichend Absatz finden, da der Preis nur 1 Mark beträgt.

Felssturz im Plauenischen Grunde. In der Nacht zum Sonntage erfolgte in dem am Eingange zum Plauenischen Grunde gelegenen Steinbruche des Rates der Stadt Dresden unter gewaltigem Getöse der Abbruch einer etwa 3000 Kubikmeter fassenden und etwa 100 000 Zentner schweren Symenitwand. Da man mit dem Bruch schon seit Wochen gerechnet hatte, waren alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden, so daß ein Unfall nicht zu verkennen ist.

Zur Befestigung von Straßen- und Schienenbaukosten sollen der Stadtgemeinde unverzinsliche Vorkasse aus dem Betriebsvermögen bis zu 3 500 000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Ferner soll die Herabsetzung des zum Ankaufe von Baustoffen für die Zwecke der Hoch- und der Tiefbauverwaltung bereitzuhaltenen Teiles des Betriebsvermögens von 800 000 Mark auf 500 000 Mark beschlossen werden. Die beiden Punkte stehen auf der Tagesordnung der morgen abend stattfindenden Stadtverordnetenversammlung.

Der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie für Dresden und Umgebung, dem jetzt rund 50 Firmen mit 1623 kontrollierten Heimarbeiterinnen angehören, hielt vor einigen Tagen unter dem Voritze des Stadtrates Direktor Harnisch seines diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsberichte ist zu ersehen, daß die von dem Verbande eingerichtete Heimarbeiterkontrolle als eine unabhängig von dem Arbeitgeberverbande bestehende Einrichtung erklärt wurde, um auch zu ermöglichen, die Kontrolle über Heimarbeiter auch von den Zigarettenfirmen zu übernehmen, die dem Arbeitgeberverbande nicht angehören. Zum Vorsitzenden wurde wieder Herr Stadtrat Direktor Harnisch gewählt.

Bezüglich der Kostümfeste beim Ballfeste „In der Nacht“ laufen noch fortgesetzt Anfragen beim Festausschusse ein. Infolgedessen sei nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Veranstaltung wohl als Kostümfest gedacht ist, daß jedoch kein Kostümwang herrscht. Damen und Herren, welche also in Balltoilette oder Gesellschaftsangug erscheinen wollen, sind genau so willkommen, wie die Festteilnehmer in Kostüm. Im übrigen erteilt Herr Hofmöbleur Menzer, Dresden-Mittstadt, Christianstraße 7 (Tel. 14 273) jederzeit gern Auskünfte in Kostümfragen, sowie über alle Angelegenheiten des Festes. Die Nachfrage nach Eintrittskarten ist ganz bedeutend, so